

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

August/
September 1974

Evangelische Verantwortung

Heft 8 — 9/1974

Europa zwischen Resignation und Hoffnung

Kai-Uwe von Hassel

Maßnahmen zur Sicherung der nationalen Stabilitäts- und Währungs politik in Italien, Dänemark, Frankreich und England kennzeichnen den stetigen Verfall der europäischen Einigung. Bei Politikern — und mehr noch in der Bevölkerung — mehrt sich der Verdruß über Egoismus und Engstirnigkeit.

Unser Autor, der nicht nur dem Bundesvorstand des EAK und dem Präsidium der CDU angehört, sondern auch Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten ist, setzt sich im folgenden Artikel für die rasche Schaffung einer politischen Autorität für Europa ein.

Die moderne Europaidee ist im wesentlichen das Ergebnis der Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen: Europa soll vor dem Untergang durch Selbstzerstörung oder durch Unterwerfung von außen bewahrt werden, die erst durch innere Zerstrittenheit ermöglicht wird. Ganz besonders geht es darum, jahrhundertalte Rivalität, Feindschaft und Mißtrauen zwischen Deutschland und Frankreich zu überwinden. Gerade die Konfrontation dieser beiden großen Nationen ist noch lange Kriterium wie Alptraum bei den einzelnen Stufen des Integrationswerkes.

Man spricht häufig von Technokratie, und de Gaulle hatte schon Mitte der sechziger Jahre abfällig das Wort von den Eurokraten geprägt. Gemeint war die Europäische Kommission mit ihrem Beamtentab. Tatsächlich hat aber erst de Gaulle die Kommission entmannt. Jetzt zeigt sich nachträglich, daß er es doch geschafft hat, sie nach seinen Vorstellungen zu

einem bloßen Sekretariat des Ministerrates zu degradieren. Dennoch lenkt sein Schimpfwort den Vorwurf in falsche Richtung. Die Bürokratie der Kommission hat nur

Aus dem Inhalt

Europa zwischen Resignation und Hoffnung	1
Aus den Akademieprogrammen	3
Kurz notiert	3
Leserbriefe	5
Abschied von der christlichen Erziehung Hermann Boventer	6
Marxismus-Unterricht an unseren Schulen Karl Carstens	9
Referentenvermittlung	10
Aus unserer Arbeit	11
Buchhinweise	12
„C“ als Quelle der Grundsatzdiskussion	14
Weltevangelisation braucht Multiplikatoren Wilhelm Hahn	15
Terminhinweis EAK Schleswig-Holstein	16

Neue Rufnummer:

Vom 3. September 1974 an erreichen Sie die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sowie die Redaktion der Evangelischen Verantwortung unter der neuen Telefonnummer: (0 22 21) 54 43 06.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat vom gleichen Termin an die Rufnummer: (0 22 21) 5 44-1.

geringen Einfluß auf die europäischen Dinge. Die Herren sind, wie der Gesetzgebungsprozeß zeigt, die nationalen Ministerialbürokratien. Faktisch sind sie in den vielen Detailfragen selbst von den eigenen Ministern nicht zu kontrollieren, die ihrerseits für ihre europäische Tätigkeit parlamentarisch nicht verantwortlich sind. Man sollte also nicht von Eurokraten

sprechen, sondern von einem Konglomerat nationaler Technokratien auf europäischer Ebene, oder von einer Polytechnokratie.

Hat die sozialliberale Koalition hier etwas geändert? Diese Mißstände sind erst während ihrer Regierungszeit deutlich geworden, aber zur Steuerung fehlt es an jedem Ansatz.

Eigene Finanzmittel der Gemeinschaft wurden durch Beschluß vom April 1970 eingeführt. Da ist auch von Haushaltskontrolle durch das Europäische Parlament die Rede. Tatsächlich befindet das Parlament über den sogenannten Verwaltungshaushalt wirklich konstitutiv. Der Verwaltungshaushalt ist im wesentlichen der Personalhaushalt – mit einem Anteil von drei bis vier Prozent am Gesamthaushalt. Zu den übrigen 96 bis 97% darf sich das Europäische Parlament getrost äußern, bewirken tut das nichts. Von einer Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments zu sprechen ist also schlichte Augenwischerei.

Festigung Europas – ein Opfer der Ostpolitik

Es ist nirgends zu erkennen, daß Scheel oder Brandt irgendwie Nennenswertes bewirkt haben. Sie haben ihre Energien in der Ostpolitik konsumiert. Hätten sie zwei Schritte zur Festigung Europas und jeweils nur einen Schritt in der Ostpolitik gemacht, sähe es heute anders aus.

Der Streit um die angemessene Höhe des Regionalfonds beispielsweise drängt die Frage auf, ob die Bundesrepublik sich mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition nicht auch finanziell zu stark im Osten engagiert, anstatt Mittel, die erübrigt werden können, unseren Freunden in der Gemeinschaft anzubieten. Hier sehe ich eine Bestätigung der Warnungen des früheren Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Georg Ball, der Ende 1970 festgestellt hatte, seit Bismarck hätten in Deutschland immer die Vertreter einer nach dem Osten orientierten Politik die Oberhand gehabt. Die Politik der Westintegration Adenauers sei ein Bruch mit dieser Tradition gewesen.

Eine Bilanz der Entwicklung zeigt, daß während der Ära der christ-

demokratischen Regierungen in Europa ein Integrationsprozeß in Gang gesetzt wurde, der einmalig ist. Nach Regierungsantritt de Gaulles konnten die Regierungen Adenauer und Erhard zusammen mit befreundeten Staaten eine Umkehr des Integrationsprozesses verhindern und die wichtigen Fragen für eine spätere günstige Regelung offenhalten. Demgegenüber wird die Integration während der sozialliberalen Koalition immer schneller zurückgespult. Eine Ursache hierfür ist die Abwesenheit des politischen Elements in der Gemeinschaft und damit einer europäischen politischen Autorität. Diese ist notwendig, um der Exekutive die Zielvorstellungen zu geben, die von letzterer umzusetzen sind. Das setzt zunächst Zielbildung und ständige Zielanpassung bei der politischen Autorität voraus. Dazu gehört in der Gemeinschaft besonders die Feststellung und Verfolgung der möglichen Wege für den Fortgang der Integration.

Impulse zu einer europäischen Autorität

Weitere Funktion einer politischen Autorität wäre, als Symbol das europäische Volk zu repräsentieren. In einem demokratischen Gebilde kann eine solche Aufgabe nicht allein von einem Präsidenten ausgeübt werden. Wichtiger ist ein echtes Parlament, das Gesetzgebungs- und Kontrollbefugnisse hat und durch direkte Wahl legitimiert ist.

Die Abwesenheit einer solchen Autorität in der Europäischen Gemeinschaft ist der Grund für das Fehlen jeglicher Zielvorgabe an die Bürokratie und damit für das Herrschen der europäischen Polytechnokratie, die selbst nur Flickwerk leisten kann.

Alle Überlegungen zeigen, daß ohne grundlegende, neue politische Impulse Europa nicht vorankommen wird. Was not tut, ist, den rückläufigen Integrationsprozeß erneut umzudrehen. Dazu bedarf es äußerster Konzentration und Anstrengung der politischen Kräfte. Bei allem Respekt vor Experten, vor hohen Verwaltungsbeamten, allein mit ihnen kann Europa nicht von der Stelle bewegt werden. Die Anstrengungen müssen von den Politikern

kommen, und Politiker bedeutet: die Parteien, die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament.

Was erscheint unausweichlich?

Die Schaffung der von mir beschworenen politischen Autorität, nämlich eines neuen, echten europäischen Parlaments und die Ausrichtung der politischen Parteien auf Europa.

Das heißt im Klartext:

1. Die Direktwahl zum Europäischen Parlament.
2. Die notwendigen Vollmachten für dieses Parlament.
3. Die Zusammenfassung der politischen Kräfte mit ihren Parteien zu europäischen Parteien.

Worauf kommt es an?

Auf große, schlagkräftige europäische Gruppierungen, mit denen man große, mutige europäische Politik betreiben kann. Diese Zusammenfassung ist notwendig für alle politischen Hauptgruppen. Finden die Sozialisten, die Liberalen sowie die Christen und Konservativen nicht zu europäischen Formationen zusammen, dann werden wir mit kleinen nationalen Parteien keine funktionsfähige parlamentarische Ordnung für Europa erreichen.

Das Bild Europas ist sehr zwiespältig. Im politischen Stimmungsbild halten sich gegenwärtig noch Resignation und Hoffnung die Waage. Sorgen wir dafür, daß die Waagschale der Hoffnung das Übergewicht über die der Resignation gewinnt. Darauf müssen wir unsere politischen Anstrengungen konzentrieren. Geschichtliche Prozesse pflegen nicht unabänderlich abzulaufen. Männer – Politiker – machen die Geschichte!

Hermann Ehlers, das große Vorbild der Protestanten in der CDU, der Begründer unseres Evangelischen Arbeitskreises, hat unermüdlich dazu aufgerufen, die Dinge unseres Staates mitzubewegen, hat jedermann ins Gewissen geredet, daß er selbst Mitverantwortung trägt, daß dieser sein – unser – Staat in Ordnung, ein freier, sozialer Rechtsstaat bleibt. Bei den Dimensionen, die die Politik heute angenommen hat, gelingt das nur, wenn wir die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.

Die Generationen nach uns werden in Freiheit leben können, wenn wir jetzt unsere Pflicht tun und dadurch unser Ziel erreichen: ein freies, kräftiges, friedentiftendes Europa.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Arnoldshain

6381 Arnoldshain (Taunus)

6. bis 8. September 1974

10. Evangelisch-Katholisches

Gespräch

„Wer oder was ist die Kirche?“

Evangelische Akademie Bad Boll 7325 Bad Boll (üb. Göppingen)

11. bis 13. Oktober 1974

Christsein in der Sowjetunion

Lebenszeichen aus den Kirchen des

Schweigens

Evangelische Akademie Berlin 1 Berlin 39, Königstraße 64 b

Da die Arbeit dieser Akademie

unter Leitung ihres Direktors

Pfarrer Günter Berndt

immer stärker einseitig ideologi-

siert wird, verzichtet die

Evangelische Verantwortung

ab sofort auf entsprechende

Veranstaltungshinweise.

Katholische Akademie

der Erzdiözese Freiburg

78 Freiburg i. Br., Winterstraße 1

28. bis 29. September 1974

Verurteilt zur Leistung und zum

Fortschritt?

Versuch einer Standortbestimmung

Evangelische Akademie Kurfürstentum-Waldeck

352 Hofgeismar,

Schlößchen Schönburg

6. bis 8. September 1974

Reisen in den Osten

Die politische Entwicklung seit den

Ostverträgen — Kleiner und großer

Grenzverkehr — Brücke und

Grenzen

27. bis 29. September 1974

Neue Ziele des Wachstums

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen —

Haus Ortlohn

586 Iserlohn (Westfalen),

Baarstraße 59–61

5. bis 6. Oktober 1974

Grenzgespräche — Die Notwendig-

keit einer ständigen Kommunikation

der Wissenschaften

18. bis 20. Oktober 1974

Was heißt „konservativ“?

Evangelische Akademie Loccum

3055 Loccum (üb. Wunstorf)

13. bis 15. September 1974

Die deutsche Nation in der

politischen Wirklichkeit

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen —

Haus der Begegnung

433 Mühlheim (Ruhr),

Uhlenhorstweg 29

28. bis 29. September 1974

Schwellenwerte der Umweltbelas-

tung: Welche Risiken nehmen wir

in Kauf?

21. bis 22. Oktober

Hat Europa noch eine Zukunft?

Evangelische Akademie Tutzing 8132 Tutzing (Starnberger See)

Schloß

23. bis 26. September 1974

Akademisches Symposium:

Die Verantwortung der Wissen-

schaft vor der Zukunft

11. bis 13. Oktober

25 Jahre Grundgesetz

Auftrag und Verwirklichung

Tagung des Politischen Clubs

Evangelische Akademie der Pfalz 672 Speyer, Große Himmelsgasse 6

28. bis 29. September 1974

Gottes Volk innerhalb und außer-

halb der Volkskirche

4. gemeinsame Tagung mit franzö-

sischen Christen

Kurz notiert

Katholikentag: Sinnvermittlung

Die Veranstalter des 84. Deutschen Katholikentages, der vom 11. bis 15. September in Mönchengladbach durchgeführt wird, müssen mit einem „übereckelnden Haus“ rechnen. So sehr dies als Zeichen der Aktualität eines solchen Mammutkongresses auch in der heutigen Zeit gewertet wird — die hohe Zahl der Anmeldungen bringt hinsichtlich der Unterbringung Probleme, die leider kurz vor Tagungsbeginn noch nicht gelöst sind.

Als besonders erfreulich gilt die große Beteiligung der Jugend.

Welche Erwartungen sie an den Katholikentag knüpft, formulierten einige Verbände:

■ Die Kolpingjugend hofft, daß nicht weiterhin „zentnerweise Resolutionen und fromme Reden produziert und unter das Volk verteilt werden, um anschließend ihren Weg in einen Papierkorb oder in eine Ablage zu gehen“. Wichtiger ist für sie, daß „wir zueinander und miteinander sprechen“.

■ Die Katholische Landjugendbewegung möchte durch ihre Beiträge die Notwendigkeit der Jugendseelsorge im ländlichen Raum verdeutlichen.

■ Die Katholische Studierende Jugend sieht vor allem die Möglich-

keit zum Dialog mit katholischen Christen über Gemeinde- und Bistumsgrenzen hinweg zugleich mit der Chance, eigene Wünsche und Bedürfnisse gegenüber Kirche und Öffentlichkeit zu formulieren.

Die „Zeitgemäßheit“ gerade des Tagungsmottos „Für das Leben der Welt“ betonten der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Bernhard Vogel, in einem Aufruf zur Teilnahme am Katholikentag, und Prof. P. Dr. Anton Rauscher SJ im Kirchenfunk des Bayerischen Rundfunks. Für Vogel steht die Tagung „mitten in unserer Zeit“, die durch schnellen Wandel und Infragestellung von alten Leitbildern gekennzeichnet

sprechen, sondern von einem Konglomerat nationaler Technokratien auf europäischer Ebene, oder von einer Polytechnokratie.

Hat die sozialliberale Koalition hier etwas geändert? Diese Mißstände sind erst während ihrer Regierungszeit deutlich geworden, aber zur Steuerung fehlt es an jedem Ansatz.

Eigene Finanzmittel der Gemeinschaft wurden durch Beschluß vom April 1970 eingeführt. Da ist auch von Haushaltskontrolle durch das Europäische Parlament die Rede. Tatsächlich befindet das Parlament über den sogenannten Verwaltungshaushalt wirklich konstitutiv. Der Verwaltungshaushalt ist im wesentlichen der Personalhaushalt — mit einem Anteil von drei bis vier Prozent am Gesamthaushalt. Zu den übrigen 96 bis 97% darf sich das Europäische Parlament getrost äußern, bewirken tut das nichts. Von einer Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments zu sprechen ist also schlichte Augenwischerei.

Festigung Europas — ein Opfer der Ostpolitik

Es ist nirgends zu erkennen, daß Scheel oder Brandt irgendwie Nennenswertes bewirkt haben. Sie haben ihre Energien in der Ostpolitik konsumiert. Hätten sie zwei Schritte zur Festigung Europas und jeweils nur einen Schritt in der Ostpolitik gemacht, sähe es heute anders aus.

Der Streit um die angemessene Höhe des Regionalfonds beispielsweise drängt die Frage auf, ob die Bundesrepublik sich mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition nicht auch finanziell zu stark im Osten engagiert, anstatt Mittel, die erübrigt werden können, unseren Freunden in der Gemeinschaft anzubieten. Hier sehe ich eine Bestätigung der Warnungen des früheren Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Georg Ball, der Ende 1970 festgestellt hatte, seit Bismarck hätten in Deutschland immer die Vertreter einer nach dem Osten orientierten Politik die Oberhand gehabt. Die Politik der Westintegration Adenauers sei ein Bruch mit dieser Tradition gewesen.

Eine Bilanz der Entwicklung zeigt, daß während der Ära der christ-

demokratischen Regierungen in Europa ein Integrationsprozeß in Gang gesetzt wurde, der einmalig ist. Nach Regierungsantritt de Gaulles konnten die Regierungen Adenauer und Erhard zusammen mit befreundeten Staaten eine Umkehr des Integrationsprozesses verhindern und die wichtigen Fragen für eine spätere günstige Regelung offenhalten. Demgegenüber wird die Integration während der sozialliberalen Koalition immer schneller zurückgespult. Eine Ursache hierfür ist die Abwesenheit des politischen Elements in der Gemeinschaft und damit einer europäischen politischen Autorität. Diese ist notwendig, um der Exekutive die Zielvorstellungen zu geben, die von letzterer umzusetzen sind. Das setzt zunächst Zielbildung und ständige Zielanpassung bei der politischen Autorität voraus. Dazu gehört in der Gemeinschaft besonders die Feststellung und Verfolgung der möglichen Wege für den Fortgang der Integration.

Impulse zu einer europäischen Autorität

Weitere Funktion einer politischen Autorität wäre, als Symbol das europäische Volk zu repräsentieren. In einem demokratischen Gebilde kann eine solche Aufgabe nicht allein von einem Präsidenten ausgeübt werden. Wichtiger ist ein echtes Parlament, das Gesetzgebungs- und Kontrollbefugnisse hat und durch direkte Wahl legitimiert ist.

Die Abwesenheit einer solchen Autorität in der Europäischen Gemeinschaft ist der Grund für das Fehlen jeglicher Zielvorgabe an die Bürokratie und damit für das Herrschen der europäischen Polytechnokratie, die selbst nur Flickwerk leisten kann.

Alle Überlegungen zeigen, daß ohne grundlegende, neue politische Impulse Europa nicht vorankommen wird. Was not tut, ist, den rückläufigen Integrationsprozeß erneut umzudrehen. Dazu bedarf es äußerster Konzentration und Anstrengung der politischen Kräfte. Bei allem Respekt vor Experten, vor hohen Verwaltungsbeamten, allein mit ihnen kann Europa nicht von der Stelle bewegt werden. Die Anstrengungen müssen von den Politikern

kommen, und Politiker bedeutet: die Parteien, die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament.

Was erscheint unausweichlich?

Die Schaffung der von mir beschworenen politischen Autorität, nämlich eines neuen, echten europäischen Parlaments und die Ausrichtung der politischen Parteien auf Europa.

Das heißt im Klartext:

1. Die Direktwahl zum Europäischen Parlament.
2. Die notwendigen Vollmachten für dieses Parlament.
3. Die Zusammenfassung der politischen Kräfte mit ihren Parteien zu europäischen Parteien.

Worauf kommt es an?

Auf große, schlagkräftige europäische Gruppierungen, mit denen man große, mutige europäische Politik betreiben kann. Diese Zusammenfassung ist notwendig für alle politischen Hauptgruppen. Finden die Sozialisten, die Liberalen sowie die Christen und Konservativen nicht zu europäischen Formationen zusammen, dann werden wir mit kleinen nationalen Parteien keine funktionsfähige parlamentarische Ordnung für Europa erreichen.

Das Bild Europas ist sehr zwiespältig. Im politischen Stimmungsbild halten sich gegenwärtig noch Resignation und Hoffnung die Waage. Sorgen wir dafür, daß die Waagschale der Hoffnung das Übergewicht über die der Resignation gewinnt. Darauf müssen wir unsere politischen Anstrengungen konzentrieren. Geschichtliche Prozesse pflegen nicht unabänderlich abzulaufen. Männer — Politiker — machen die Geschichte!

Hermann Ehlers, das große Vorbild der Protestanten in der CDU, der Begründer unseres Evangelischen Arbeitskreises, hat unermüdlich dazu aufgerufen, die Dinge unseres Staates mitzubewegen, hat jedermann ins Gewissen geredet, daß er selbst Mitverantwortung trägt, daß dieser sein — unser — Staat in Ordnung, ein freier, sozialer Rechtsstaat bleibt. Bei den Dimensionen, die die Politik heute angenommen hat, gelingt das nur, wenn wir die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.

Die Generationen nach uns werden in Freiheit leben können, wenn wir jetzt unsere Pflicht tun und dadurch unser Ziel erreichen: ein freies, kräftiges, friedentiftendes Europa.

sei. Der Katholikentag versuche, „im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft sich dieser Situation zu stellen“.

Zu der Frage, welche Impulse vom diesjährigen Katholikentag ausgehen müßten, erklärte P. Rauscher u. a.:

■ Während der Katholikentag in Trier sich mit den Lebensformen und zeitgemäßen Strukturen der Kirche befaßte, ist jetzt wieder die Aktivierung der Gesellschaftsverantwortung der Kirche vordringlich.

■ Dem Überfluß an Materiellem steht heute ein „Mangel an Werten und Wertbewußtsein, an Normen und Orientierungen“ gegenüber. Trotz des allgemeinen Wohlstandes scheint den Menschen das Leben weniger lebenswert.

■ Der Ruf der letzten Jahre nach Versachlichung und Entideologisierung entpuppte sich als „billiger Pragmatismus“, der die Wertneutralität des öffentlichen Lebens propagierte. Im Gefolge dieser Denkströmung kam es zur Forderung nach dem Abbau sämtlicher Tabus.

■ Auch im Erziehungs- und Bildungsprozeß wurden Werte und Sinnzusammenhänge zugunsten der reinen Wissensvermittlung zurückgestellt. In diesem Klima hatte auch die Frage nach Gott keinen Platz mehr. Für Christen wurde aus dem „aggiornamento“ eine „Anbequemung an die säkulare Gesellschaft“.

■ Nach der Entideologisierungswelle ist die Gesellschaft heute von einer Reideologisierung durch den Marxismus und Neomarxismus bedroht. Die radikalen Linken haben erkannt, daß die Vermittlung von Sinn zum entscheidenden Herrschafts- und Stabilisierungsmittel der Gesellschaft geworden ist. Aufgabe des Katholikentages wird es sein, anstelle einer pseudoreligiösen Heilslehre „den Glauben als die Chance der Sinnerfüllung des Lebens überzeugend zu dokumentieren“.

Evangelische Notgemeinschaft sammelte für Opfer des Terrorismus

20 000 DM gingen auf dem Spendenkonto der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e. V.“

aus Einzelspenden, Sammlungen und Kollekten evangelischer aber auch katholischer Gemeinden ein. Das Geld soll den Opfern des Terrorismus im südlichen Afrika zugute kommen, wobei schwarze Zivilpersonen bevorzugt bedacht werden sollten.

Die Notgemeinschaft konnte damit acht Schwarzen aus dem Tetedistrikt in Mocambique, die auf den Minen der Frelimos getreten waren, zu einer Prothese verhelfen.

Durch diese Sammlung sollte deutlich gemacht werden, daß es möglich ist, den „unter die Räder Gefallenen“ direkt und konkret zu helfen.

Neue FDP-Kirchenkommission berufen

Immer wenn es an tagesaktuellen politischen Themen mangelt, befaßt sich die FDP mit den Kirchen. Vor einem Jahr beriet zur Urlaubszeit der Parteivorstand über die von einer Kirchenkommission erarbeiteten 14 „Thesen zum Verhältnis von Kirche und Staat“, die ohne Änderung als „geeignete Grundlage“ für die Diskussion in die Partei gegeben wurden.

Das Papier fand nur in drei Landesverbänden weitgehende Zustimmung. In Bayern und im Saarland stieß es auf Ablehnung. Von den übrigen Landesverbänden haben einige differenzierte Stellungnahmen vorgelegt, andere halten es nicht für notwendig, daß sich die FDP überhaupt mit dem Staat-Kirche-Problem befaßt.

Letzterer Standpunkt wird jedoch von der Parteimehrheit nicht geteilt. Vielmehr soll das Verhältnis von Kirche und Staat – einem Beitrag in der NDR-Sendung „Aus gegebenem Anlaß – Christentum in dieser Zeit“ zufolge – noch vor der Bildungs- und Kommunalpolitik der erste von drei Schwerpunkten sein, die der Bundestag der FDP vom 30. September bis 2. Oktober in Hamburg beraten wird. Der Bundesvorstand will dazu einen eigenen Antrag einbringen. Zur Vorbereitung hat er auf seiner letzten Sitzung eine neue Kirchenkommission berufen, die aber nicht mehr 30, sondern nur noch acht Mitglieder zählt: Vorsitzende ist wiederum Frau Lieselotte Funcke.

Die Kommission soll bis zum 13. September eine Vorlage erarbeiten. Beobachter rechnen damit, daß es ihr unter Vorsitz von Frau Funcke gelingen wird, ein Kompromiß-Papier zustande zu bringen, das nicht nur vom Parteivorstand akzeptiert, sondern auch zum Parteitagbeschuß erhoben wird.

Evangelischer Akademikertag

Der 7. Evangelische Akademikertag, der vom 4. bis 6. Oktober unter dem Thema „Maßstäbe des Fortschritts“ in Göttingen stattfindet, soll ein Versuch sein, „das Wort von der Qualität des Lebens zu übersetzen und auf die bundesdeutsche Wirklichkeit zu übertragen“. Das geht aus der jetzt erschienenen Vorbereitungsschrift zu der Veranstaltung hervor. Bei dem Akademikertag werden acht Arbeitsgruppen sich mit Fragen von Umwelt und Wirtschaft, Eigentum, Arbeitswelt, Bildung, Städtebau, Seelsorge und Theologie befassen.

Warnung vor Fristenregelung

Eine Belastung für das Verhältnis der katholischen Kirche in der Bundesrepublik zu den Koalitionsparteien sieht der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, Prälat Wilhelm Wöste, in der entgegen den fundamentalen Besorgnissen der Kirche von SPD und FDP getroffenen Entscheidung für die Fristenregelung. Im Südfunk Stuttgart erklärte Wöste u. a. ferner, diese Spannung werde immer wieder neue Nahrung finden, falls die „Fristenregelung“ in Kraft trete. – Von den Grundauffassungen der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik, „vor allem, was Menschenbild und Grundwerte angeht“, stünden die der CDU/CSU der Kirche am nächsten. Bei dieser Feststellung gelte es jedoch zu bedenken, daß es auch Spannungen zwischen Kirche und Unionsparteien gebe.

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Meinungen brauchen nicht mit der Ansicht der Herausgeber oder der Redaktion übereinzustimmen.

Einfacher formulieren

Wenn man die „Evangelische Verantwortung“ zu Informationszwecken über den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU verwenden soll, wäre es angebracht, sprachliche Formulierungen zu gebrauchen, die einem weiteren Leserkreis ohne subtile philosophische und theologische Vorkenntnisse verständlich sein können. Gerade in dem Beitrag über das christliche Freiheitsverständnis von Christian Walther (Evangelische Verantwortung, Heft 4/1974) könnte es für einen Nicht-Fachmann sehr schwer werden, die Zielrichtung des Verfassers zu erkennen. Die sprachliche Formulierung in Anlehnung an den Philosophen Jaspers könnte manchem Leser zu einer erheblichen Verstehensbarriere werden. — Weiterhin hätten jene Aussagen von Zahn stärker ausgewertet werden sollen, in denen er von der Freiheit als einer „geistigen Wirklichkeit“ spricht. Außerdem ist es nicht recht einsichtig, welche Bedeutung die reformatorische Rechtfertigungslehre für ein christliches Freiheitsverständnis im Sinne des genannten Artikels insgesamt hat. Wenn die Freiheit Geschenk ist, müßte deutlicher werden, inwiefern eine solche Freiheit auf der Rechtfertigungslehre basiert. Man vermißt den Hinweis darauf, in welche Richtung die so gewährte Freiheit zielt. Zwar ist angemerkt, daß es sich um das Personsein des Menschen, also um den einzelnen Menschen, seine Haltung und sein Verhalten handelt. Dann geht es aber doch wohl zu schnell in Richtung einer Sozialethik, bei der nicht

einsichtig wird, wie der einzelne und die Gemeinschaft als ein soziales Gebilde aufeinander bezogen sind. — Bei genauer historischer Betrachtung dürfte die Behauptung nur sehr bedingt zutreffen, daß spätestens seit dem Kirchenkampf mit Beginn der nationalsozialistischen Ära die Notwendigkeit der öffentlichen Verantwortung der Christen gegenüber der „Theorie, daß der christliche Glaube nur im Bereich der Privatheit Geltung besitzt“, erkannt worden sei. Umfangreiche theologische Ethiken ergeben bei genauerem Zusehen ein anderes Bild. — Im letzten Drittel dieses Artikels vermißt man eine präzise theologische Kennzeichnung des Wesens der Rechtfertigung im neutestamentlichen Sinne. Es wird sehr allgemein von einem „christlichen Freiheitsverständnis für die gegenwärtige Freiheitsproblematik“ und ihrer Praxis geredet. Vielleicht hängt mit dieser Feststellung auch die etwas resignierend klingende Äußerung zusammen, daß definitive Lösungen noch nicht in Sicht sind, „wenn es sie überhaupt je geben kann“. Könnte mit dieser Bemerkung vielleicht ein Hinweis in der Richtung gemeint sein, der sich mit den biblischen Begriffen Sünde, Schuld und Vergebung umschreiben läßt? Diese Tatbestände weisen darauf hin, wo die eigentlichen Ursachen für die Begrenztheit menschlichen Bemühens liegen. Daher wäre an dieser Stelle zu allererst eine Reflexion über den Begriff Rechtfertigung im Sinne des Apostels Paulus und der Reformation erforderlich. Erst wenn der einzelne Christ aus der Gabe der Rechtfertigung lebt, wird er in der Lage sein, von der in Christus geschenkten Freiheit Gebrauch zu machen, die sein persönliches Leben und den Bezug zum Mitmenschen und seinen Lebensbereichen umfaßt.

F. W. Effey
477 Soest, Dudenweg 11

Glaubwürdigkeit erneuern

Durch die veränderte politische Situation in unserem Vaterlande sind neue Aufgaben auf die Unionsparteien zugekommen. Es heißt

jetzt für die verantwortlichen Männer und Frauen, die bestehende und die sich noch entwickelnde Lage klar zu erkennen, nach einem gut durchdachten System hart, mutig und konsequent zu arbeiten und damit eine bessere Glaubwürdigkeit im Volk wieder herzustellen. Dieses unser Volk muß das erschreckend verlorene Vertrauen zu den uns regierenden Leuten aller Parteien wieder gewinnen und nicht hinter allem Reden, Denken und Tun oft Unehrlichkeit und Täuschung sehen: Machtstreben einzelner, scheinbar mit dem Blick allein auf den Erwerb von Geld und Wohlleben.

Mit diesem Schreiben möchte ich auf Erfahrungen aufmerksam machen, die ich als Altenheim-Bewohnerin machen konnte. Diese Bevölkerungsgruppe ist zumindest zu Wahlzeiten von den Parteien sehr umworben. Zu beachten ist die große Zahl der Rüstigen-Abteilungen in den Altersheimen der Bundesrepublik. Ich verweise aber auch auf die vielen Menschen in den Landeskrankenhäusern, psychiatrischen Kliniken und Rehabilitationszentren. Leider ist immer wieder zu beobachten, daß die zu meist bettlägerigen Pflöglinge, die durch Briefwahl erfaßt wurden, in der Artikulation ihrer politischen Meinung leicht beeinflufbar sind. Dieses äußerst schwierige Problem in fairer Weise zu lösen, müßte den Unionsparteien ein ernstes und echtes Anliegen sein. Vielleicht müßte während der noch langen Zeit bis zur nächsten Wahl ein möglichst regelmäßiger Kontakt mit den Heimbewohnern hergestellt werden. In unaufdringlichen Besuchen könnten dann wenigstens diese Menschen den Eindruck gewinnen, daß es noch Volksvertreter gibt, die aus edlen Motiven für das Wohl des Volkes zu dienen bereit sind. Auch deren Angehörige würden diese Bemühungen wohlthuend zur Kenntnis nehmen.

Grete Hopfe, 56 Wuppertal — 2, Obere Lichtenplatzerstr. 73, Städt. Altenpflegeheim

Abschied von der christlichen Erziehung?

Hermann Boventer

Die in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vorgelegten neuen Bildungskonzeptionen haben in der Öffentlichkeit ein hohes Maß an Aufmerksamkeit gefunden.

In dem ersten unserer beiden Beiträge untersucht der Direktor der Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Dr. Hermann Boventer, den Einfluß, der von diesen Rahmenrichtlinien auf die Gestaltung und Verwirklichung der Erziehung ausgeht.

Im zweiten Artikel geht der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Professor Dr. Karl Carstens, der Frage nach, inwieweit in den Schulen Niedersachsens marxistische Gedankenvorstellungen Eingang in den Unterricht gefunden haben.

Wovon lebt der Mensch? In dem jetzt seit Monaten andauernden Streit um neue Curricula zuerst im Bundesland Hessen und dann in Nordrhein-Westfalen ist die Frage nach dem Menschenbild die entscheidende.

Wovon lebt der Mensch der hessischen und nordrhein-westfälischen Rahmenrichtlinien? Er lebt von der Kritik. Er lebt von der „Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen.“ Er soll „in Denken und Verhalten selbst- und nicht fremdgesteuert“ sein. Der neue Mensch der Rahmenrichtlinien lebt von der „Fähigkeit, die eigene Rechts- und Interessenlage zu reflektieren, und der Bereitschaft, Ansprüche auch in Solidarität mit anderen durchzusetzen“. Er muß lernen, „innere und äußere Widerstände gegen die Verwirklichung von Genuß überwinden zu können.“

Die Zitate stammen aus den Richtlinien für den politischen Unterricht, die in Nordrhein-Westfalen als eine Art Magna Charta der emanzipatorischen Pädagogik gelten und zukünftig dem ganzen Schulwesen zugrunde gelegt werden sollen.

Der neue Mensch wird als der kritische Mensch kanonisiert, die

neue Schule als die kritische Schule. Das Unterfangen verdient Lob, betrachtet man es auf Anheb. Die Strahlkraft des Wortes „kritisch“ tut das ihrige hinzu.

Die Kritik, die hier gemeint ist, beruht jedoch auf einer Philosophie vom Menschen und der Gesellschaft, die sich gegen alle normativen Ansprüche richtet, mit Ausnahme der spätmarxistischen, gegen die sie sich auffallend unkritisch verhält. Gemeint ist die kritische Theorie der Frankfurter Soziologenschule eines Herbert Marcuse, Horkheimer, Adorno, Habermas. Sie hat der Wiederbelebung der marxistischen Analyse in der Bundesrepublik unersetzliche Dienste geleistet und der Studentenrevolte an unseren Universitäten das geistige Rüstzeug für Systemüberwindung, Gewalt und Terror geliefert. Daß alle ihre Vorschläge zur Befreiung des Menschen die radikale Unfreiheit heraufbeschwören, haben Horkheimer und Habermas zu ahnen begonnen, aber die geistige Saat trägt Früchte, die sie vergeblich zu verhindern suchen.

Man hat eine Theorie

Wenn wir uns in der Auseinandersetzung mit den neuen Lehrplänen nicht auf Nebenfelder begeben wollen, müssen wir den philosophischen Kern der neuen Lehrpläne ansprechen. Er wird, wie gesagt, von der spätmarxistischen Seins- und Geschichtsdiagnostik bestritten, was nicht heißt, die Rahmenrichtlinien seien nunmehr als „marxistisch“ abzutun. Man hüllt sich in das emanzipatorische Gewand, bemüht die Verfassung, wo es klug erscheint, betrachtet sich als Avantgarde einer durchgehenden Demokratisierung und, was entscheidend ist, wähnt die hohe Curriculum-Wissenschaft auf seiner Seite. Man hat eine Theorie, nein: die Theorie schlechthin.

Kinder und Schule sollen zum „Material“ einer Theorie gemacht werden. Wer die richtigen Formeln (und das „richtige“ Bewußtsein) hat, kommt schneller zur Macht über die Menschen und die Gesellschaft. Man will ja die Gesellschaft verändern, das ist heiligstes Gebot der Rahmenrichtlinien, diesmal per Erziehung. Aber die Formeln und Theorien sagen über die Dinge immer nur einen Teil aus. Das einzelne wird nicht angeschaut, die Qualitäten erscheinen nicht, der Sinn bleibt verborgen. So wird eine Theorie zum Verächter der (menschlichen) Wirklichkeit, wenn sie das einzelne, den einzelnen lediglich als Anwendungsfall für spätmarxistische Formeln betrachtet. Die Rahmenrichtlinien sind mit ihrem lernzielorientierten Programm durchtränkt von diesem Formel- und Schemadenken einer Kritischen Theorie.

Was sozialistischen Kultusministern das Herz rührt, ist der Trend zum Ganzen. Endlich kann auch Schule „geplant“ werden. Die bisherige Mannigfaltigkeit im Erziehungswesen soll in ihrem ganzen Umfang dem Einheitssystem einer einzigen, nämlich der kritisch emanzipatorischen Theorie unterworfen werden. Das entspringt nicht dem Hirn von Erziehern, sondern Bildungstechnokraten. Das totalitäre Syndrom wird sichtbar.

Dieses Syndrom, das an vielen Stellen in den neuen Lehrplänen seine Pferdefüße zeigt, markiert auch gleichzeitig den Abschied von der christlichen Erziehung.

Indem Erziehungswerte wie Gerechtigkeit, Treue, Toleranz, Gehorsam, Fleiß, Wahrhaftigkeit überhaupt nicht mehr vorkommen, werden sie nicht nur unter den Teppich des Vergessens gekehrt. Man annihiliert sie. Werte, die unsere Schule als eine lebens- und weltorientierende Instanz unserer Kultur seit Jahrhunderten getragen haben, scheinen für die Herren Friedeburg oder Girgensohn böhmische Dörfer zu

sein. Sie machen alles neu. Wird man die jungen Köpfe mit Ideologie, Kritik und arroganter Selbstgerechtigkeit vollstopfen, erledigt sich das Christentum von selbst. Es ist einfach kein Platz mehr dafür vorhanden. Auf der Tagesordnung unseres staatlich verordneten Erziehungsprogramms sind christlich-europäische Wertordnungen nicht mehr vorgesehen: Stempel des Kultusministers!

Reich aus der klassenkämpferischen Mottenkiste der zwanziger Jahre wieder hervorzuzerren. Es ist geradezu grotesk, wie unverschämt die Ideologen sich in einem Kultusministerium ausbreiten können, daß es überhaupt zu solchen Materialhinweisen kommt — für die Schule unserer Kinder!

Der falsche, ideologische Denkansatz

Kehren wir zur Frage zurück: Wovon lebt der Mensch in dieser, die Emanzipation zur obersten Norm der Lernziele erhebenden Pädagogik neuer Rahmenrichtlinien? Die Kritische Theorie macht die gesellschaftliche Bedingtheit der Person zum obersten Erkenntnisprinzip. Es sind die gesellschaftlichen Interessen und Herrschaftsformen, die für die Sozialisation und Rollenstruktur des einzelnen den Ausschlag geben. Die Vergesellschaftung ersetzt den „alten“ Bildungsbegriff, der person- und wertbestimmt war in der Bindung an Vorgegebenes, das nicht machbar noch materiell (ökonomisch) ist.

Es wäre eine lohnende, wenn auch mühsame Aufgabe, die NRW-Richtlinien mit ihren Lern- und Verhaltenszielen in eine Synopse einzubringen, wo jeweils die kor-

und mit ihrer Doktrin wird sich die Schule heute befassen müssen. Aber der Mensch lebt nicht nur aus seiner gesellschaftlichen Bedingtheit allein. Er empfängt seine Lebens- und Weiterklärung nicht nur aus dem großen Abstraktum, das sich „Gesellschaft“ nennt. Hier liegt der falsche, totalitäre Denkansatz in der Absolutsetzung von Teilerkenntnissen und der Zugrundelegung einer dialektisch-materialistischen Philosophie.

Das kultusministerielle „Glück“

Nun könnte der Einwand kommen, gerade Girgensohns Richtlinien hätten dem „Glück“ einen großen Raum zugesprochen, womit der geistigen Entfaltung des einzelnen entsprochen werde. Die Qualifikation, so heißt es in den Rahmenrichtlinien, zielt auf die Fähigkeit des Individuums, „sich gegenüber solchen gesellschaftlichen Zwängen zu behaupten, die in seinen privaten Lebensbereich hineinwirken und die gerade dann am wirksamsten sind, wenn sie verinnerlicht und damit dem Betroffenen nicht bewußt sind.“ Mit anderen Worten: Zukünftig darf nicht hingenommen werden, daß „verinnerlichte“ Erziehungseinflüsse der Eltern oder Kirchen nicht in Zweifel gezogen werden. Wer bestimmt denn eigentlich darüber, welche Moralgebote als „gesellschaftliche Zwänge“ zu diffamieren sind, welche nicht? Hat der Staat überhaupt ein Recht, die in den „privaten Lebensbereich“ hineinwirkenden Bewußtseinsinhalte gewissermaßen vor aller Augen zu veröffentlichen, im Wege des pädagogischen Zwangsverfahrens? Das kann nur der einzelne selbst tun, nach freiem Ermessen. Die öffentliche Schule erhebt hier einen normenkritischen Wahrheitsanspruch, der aufs Fatalste an eine Heils- und Erziehungsanstalt erinnert.

Für Gesellschaftsveränderer ideal

Viele werden sagen, das sei zu scharf geurteilt! Die Ambivalenz der neuen Lehrpläne lasse dem Lehrer einen beträchtlichen Frei- und Spielraum, erfolgt doch die stoffliche Festlegung überhaupt nur in begleitenden Materialheften. Das ist richtig, aber das Fehlen eines inhaltlichen Katalogs kann auch zum Bumerang werden. In Saarbrücken forderten die Jungsozialisten noch unlängst, jede verbindliche Thematik zu streichen, damit „fortschrittliche“ Lehrer antikapitalistische Inhalte behandeln können. Wir sollten uns nicht einer Selbsttäuschung darüber hingeben, was die nächsten Jahre an jungen Lehrern auf die Schulen geschickt wird, die mit radikalen Theorien vollgepackt sind. Diese Rahmenrichtlinien liefern fürs Gesellschaftsverändern eine ideale Legitimation.

Wie es mit den Materialhinweisen aussieht, sei nur durch ein Beispiel belegt. Wilhelm Reichs Buch „Die sexuelle Revolution“ findet sich in Hessen als Materialhinweis für Gesellschaftslehre Sekundarstufe I. „Die Unterdrückung des kindlichen und jugendlichen Liebeslebens“, heißt es dort, „hat sich als der Kernmechanismus der Erzeugung von hörigen Untertanen und ökonomischen Sklaven erwiesen.“ Es ist nicht nur vorausgesagt, daß die Familie „unweigerlich zerfallen“ wird, sondern „... der Ersatz des Bordells durch Mädchen der eigenen Klasse (ist) besser und auch muralischer“. Vermutlich würde das Kultusministerium darauf verweisen, daß es ja hier um eine kritische Auseinandersetzung mit Reichs Thesen geht. Für Dreizehn- und Fünfzehnjährige? Eher handelt es sich um einen Fall geistiger und moralischer Brandstiftung, Wilhelm

EAK-Bundes- tagung '74

6. — 8. Dezember in Mainz

respondierenden Marx-, Marcuse-, Adorno-Zitate gegenübergestellt sind. Die Korrespondenz wäre nicht lückenlos, sondern häufig unterbrochen, selektiv abgeschwächt, freiheitlich modifiziert. Aber als durchgehender roter Faden bliebe die marxistische Analyse mit ihrem Menschenbild. Es sei auch zugestanden, daß der Mensch als Gesellschaftswesen im Erziehungsprogramm unserer Schulen in der Vergangenheit oft zu kurz gekommen ist. Die marxistische Analyse ist in vielen Punkten erwägenswert,

Aber es geht noch weiter mit dem „Glück“, wenn es heißt, es sei „nicht Aufgabe öffentlicher Erziehung, in jedem Falle Normvorstellungen abzubauen, die Glücksansprüchen entgegenstehen.“ Es könne „für bestimmte Gruppen der Gesellschaft weltanschaulich be-

**84. Deutscher
Katholikentag
Mönchengladbach
11. bis 15. September
1974**

**Leitwort:
Für das Leben
der Welt**

**Unterlagen und Anmeldung
über:
Geschäftsstelle
84. Deutscher Katholikentag
405 Mönchengladbach,
Regentenstraße 11**

gründet sein, sich solchen Normvorstellungen unterzuordnen.“ Man stelle sich die Penetranz solcher Maximen vor, die, nachdem sie Normvorstellungen als gesellschaftliche Zwänge abgekanzelt haben, nun die weltanschaulich oder religiös begründeten Normvorstellungen grundsätzlich verdächtigen, daß sie „Glücksansprüchen entgegenstehen“. Wieso das? Könnte nicht gerade das Glück eines Menschen darin zu finden sein, daß er sich Gottes Geboten unterordnet? Wer gibt diesen Herren das Recht, das „Glück“ eines Jugendlichen zu verordnen?

„Da öffentliche Erziehung jedoch zu eigener Entscheidung befähigen soll, muß sie die gesellschaftliche Bedingtheit von Glücksvorstellungen ... bewußt machen“, sagen die

Rahmenrichtlinien. Was das heißt, folgt im spätmарxistischen Jargon: „Genuß tritt vornehmlich entfremdet und verdinglicht in Erscheinung ... Erkennen, daß Konsumieren weitgehend verdinglichter Genuß ist.“ Das Gemenge aus Psychoanalyse, marxistischer Entfremdungslehre und kultusministerieller Heilsbotschaft läßt in der Konsistenz nichts zu wünschen übrig.

Lassen sie sich willig beuten

Der neue Mensch der Rahmenrichtlinien lebt in Gruppen, Schichten, Klassen. Maßgeblicher Schlüssel zu allen gesellschaftlichen und menschlichen Problemen ist der Konflikt. Der Marxist sagt: der Klassenkonflikt, Klassenkampf. Er muß immer wieder als die tragende Wahrheit entlarvt werden. Der Münchener Historiker Nipperdey hat daraus gefolgert, daß eine der wesentlichsten Tugenden des neuen Menschen in den Rahmenrichtlinien der Verdacht sei. Man könne mit Hegels Analyse der Jakobiner geradezu von einer Herrschaft des Verdachts sprechen.

Der Hessische Elternverein hat kritisiert, das Buch „Der Anti-Struwelpeter“, das in den Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre unter dem Lernzielschwerpunkt „Einführung in den Rollencharakter von Verhaltensformen“ für die 5. und 6. Jahrgangsstufe (Alter 10—12 Jahre) angeführt wird, erwecke fälschlich den Anschein eines Kinderbuches, das in Wirklichkeit die elterlichen Erziehungsnormen schlecht zu machen suche. Ironie setze die Werterfahrung des Erwachsenen voraus, während Kinder sie als solche nicht erkennen und nur verwirrt würden, wenn es im Vorwort dieses „Schulbuchs“ heißt:

„Wenn die Kinder artig sind, kommt zu ihnen das Christkind; wenn sie alles in sich fressen, Spiel und Späße fast vergessen, wenn sie, ohne Lärm zu machen, still sind bei den Siebensachen, beim Spaziergehn auf den Gassen stur und brav sich führen lassen, dann passiert es nur zu leicht, daß der Unsinn niemals weicht: 70 Jahre und noch länger sind sie bange und noch bänger, vor Polente, Nachbarsfrau, Gottes Thron und Kohlenklau. Von den hochgestellten Leu-

ten lassen sie sich willig beute. Darum sei nicht fromm und brav wie ein angeflocktes Schaf, sondern wie die klugen Kinder froh und frei. Das ist gesünder.“

Blasierte junge Herren

Ein Erziehungsklima dieser Art, sollte es jemals durchgehend zur Praxis kommen, geht an die Substanz des Menschseins. Der einzelne wird zum Experimentiermaterial der Bewußtseins- und Gesellschaftsveränderung umgestanzt. Stramme, solidarische Sozialisten werden aus der Retorte in den seltensten Fällen heraustraten; das ist nicht unsere Befürchtung. Neutrotiker kommen aus ihr, jugendliche Heißsporne, Revoluzzer, blasierte junge Herren, deren Arroganz mit ihrer Unzufriedenheit sich paart, wenn nicht in Haß und Gewalt entlädt. Verwirrung wird gestiftet, aber auch zynische Selbstgerechtigkeit hinsichtlich der Fähigkeit, alle Normen und Herrschaftsverhältnisse dauernd zu hinterfragen und es besser zu wissen, wie's sein soll.

Vom Vertrauen in die eigene Erfahrung, von der Geduld mit sich selbst, von Schuldgefühl, Versagen oder Verdienst, vom uralten „Erkenne dich selbst“ oder dem sokratischen Einsehen in die eigene Unwissenheit, von der Tradition der Kulturgüter und Wertvorstellungen, in die das Leben eingebunden ist, von dem ausweglosen Verstricktsein in Widersprüche, vom Menschen in seiner Bedrohung, Angst und Erniedrigung, seiner inneren Knechtschaft, aber auch persönlichen Verantwortung ist in den lernzielorientierten Curricula kaum oder überhaupt nicht mehr die Rede. Wohl aber von „Sich-wehren, Setzen von Alternativzielen, Entwurf von Veränderungsmethoden, Realisieren von Entwürfen reformierender oder revolutionärer Art...“ Wohl aber vom Nichtmitmachen, von der Negation und dem Antagonismus der Klassen und Interessen, von „Ich-Stärke“ und Gesellschaft, Gesellschaft, Gesellschaft...

Übrigens, das Wort „Freude“ kommt nur ein einziges Mal vor, und zwar als emotionale Reaktion in der aufschlußreichen Reihenfolge von „Wut, Freude, Tätlichkeiten,

Beleidigungen, Verbrüderung, Jubel, Umzüge, Sprechchöre, Lieder, Zerstörungen.“ Der den Schülern anempfohlene „selbstbestimmte Genuß“ wird auf seine Kosten kommen.

Lernzielplanung und totalitäre Gesellschaftspolitik

Wovon lebt der Mensch? Der Geist, der verneint, ist ein zerstörerischer Geist. Davon kann auf die Dauer kein Mensch leben. Die Marcuse'sche Negation der Negation ist es, die ihm gemäß Curriculum-Emanzipation zur neuen Heilshoffnung wird – und werden muß, sofern er überhaupt überleben will. Mit anderen Worten, die Schule soll eine Staatsideologie einpauken. Sie soll eine Zwangsjacke erhalten, nicht so eisern wie im Nationalsozialismus oder Kommunismus (wo man sich übrigens amüsiert über die emanzipatorischen Kapriolen), sondern modischer, wie der Zeitgeist es haben möchte, aber nichtsdestoweniger: lernzielorientiert.

Professor Johannes Flügge hat eine Verbindungslinie gezogen zwischen der Lernzielplanung und

einer totalitären Gesellschaftspolitik. Vielen an der Bildungs- und Lehrzielplanung mitwirkenden Personen, so meint Flügge, würde man Unrecht tun, wenn man ihre gesellschaftspolitische Einstellung als totalitär bezeichnet. Dennoch: „Wir tun gut daran, die Dynamik der progressiv-reaktionären Tendenz in Richtung auf eine totalitäre Gesellschaftspolitik im Bildungswesen realistisch einzuschätzen, nämlich als sehr stark.“

Der Lehrer, Kybernetiker einer neuen Gesellschaft, wird zum Sozialisations-Ingenieur. Der Schüler ist das „Material“, die Schule das Vehikel. Es geht um den „Veränderungsfaktor Mensch“. Dieses Konzept zur geistigen Machtergreifung wird mit einem hybriden Moralismus getarnt, dessen Imponiergehabe gerade auf jugendliche Gemüter die stärkste Anziehungskraft ausübt, ist man doch in diesem Alter sehr bereitwillig, die Menschheit in Schurken und Helden aufzuteilen. Was können und sollen Jugendliche überhaupt noch lernen, wenn sie fortwährend ermutigt werden, über Dinge ein Urteil zu sprechen, von denen sie nichts verstehen? Auszusprechen, was einem nicht paßt, ist kein Ersatz für ein reifes Urteil und noch lange keine verantwortliche Kritik. In der

Schule wäre zuerst einmal das Richtig- und Selbermachen zu lernen, an einer Aufgabe, die gestellt wird. In diesem Sinn muß Schule immer unzeitgemäß bleiben. Die gute Schule ist es immer gewesen, sonst sieht sich der junge Mensch um sein Denkvermögen wie um seine Seele betrogen.

Es wird höchste Zeit, dies alles vernehmbarer auszusprechen. Kein Staat, keine Schule, kein Lehrer hat das Recht, unsere Kinder zu indoktrinieren. Hier müssen die Eltern aus dem Turm heraus, sonst könnte ihnen Hören und Sehen vergehen. Eine Schule, die nach dem Leitbild der NRW-Richtlinien oder hessischer Rahmenrichtlinien erziehen würde, „wäre für gläubige Christen keine Heimat, sondern besetztes Gebiet“. Das hat Kardinal Höffner kürzlich mit Deutlichkeit ausgesprochen, wobei er jene nagenden Selbstzweifel von Max Horkheimer zitierte, die den Autoren der neuen Lehrpläne gut anstünden: „Alle Versuche, die Moral anstatt durch den Hinblick auf ein Jenseits auf irdische Klugheit zu begründen... beruhen auf harmonistischen Illusionen... Es gibt keine logisch zwingende Begründung dafür, warum ich nicht lassen soll, wenn ich mir dadurch im gesellschaftlichen Leben keine Nachteile zuziehe.“

Marxismus-Unterricht an unseren Schulen

Karl Carstens

Der niedersächsische SPD-Politiker Peter von Oertzen erzielte bei seinem ersten Auftritt vor dem Deutschen Bundestag im Februar 1974 einen Heiterkeitserfolg, als er von sich selber sagte, er sei ein in relativ führender Position tätiger Sozialdemokrat. Der Zwischenruf „Mohamed Ali aus Hannover“ kennzeichnete die Reaktion des Hauses darauf. Bedenklicher als diese Entgleisung war jedoch das, was Herr von Oertzen zu den Niedersächsischen Handreichungen für das Unterrichtsfach Gesellschaftswissenschaften sagte. Er stellte nachdrücklich in Abrede, daß durch diese Handreichungen Indoktrination betrieben werde. Eine kritische Durchsicht der Handreichungen er-

weist aber das genaue Gegenteil von dem, was Herr von Oertzen der deutschen Öffentlichkeit darzustellen versucht.

Ziel des Schulunterrichts sollte es sein, den jungen Menschen in unsere freiheitlich-demokratische, rechtsstaatliche und sozialstaatliche Ordnung einzuführen und ihn bereit und fähig zu machen, sie mitzutragen und weiterzuentwickeln. In Teilen der Handreichungen wird jedoch statt einer objektiven Darstellung unserer Verfassungs- und Sozialordnung unter einseitiger Betonung des Konfliktdenkens ein überwiegend negatives Gesamtbild gezeichnet. Die Lehrpläne sind so angelegt, daß sie eine grundsätz-

liche Unzufriedenheit wecken, die aus lauter Kritik an vorgefundenen Zuständen und bloßem Engagement für Veränderungen nicht den Willen zur Reform, sondern zur Revolution erzeugt.

Grobe Einseitigkeiten finden sich in den Niedersächsischen Handreichungen beispielsweise bei den Themen „Fremd- und Mitbestimmung in der Arbeitswelt“ und „Einführung in die Marx'sche Theorie“. In diesen Kursen fehlt eine ausgewogene Darstellung der Gesamtproblematik. Die Verhältnisse in der Arbeitswelt werden unkritisch nach dem Klassenkampfmodell beurteilt, und die Einführung in die marxistische Theorie erfolgt ohne Einbeziehung einer kritischen Ausein-

andersetzung mit dem Marxismus. In dem Abschnitt über die Marx'sche Theorie wird vorgeschlagen, diesem Thema 17 Schulstunden zu widmen. Dies mag hingehen, obwohl der Zeitaufwand vielleicht reichlich hoch bemessen ist. Aber nicht hingehen kann, daß bei der Aufgliederung des Stoffes auf die 17 Stunden den Lehrern ausschließlich marxistisches Material an die Hand gegeben wird.

Die Aufgliederung verweist auf das kommunistische Manifest, andere Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels sowie auf die Bücher von neomarxistischen Autoren wie Sweezy, Vester und Ernest Mandel. Der letztere Autor wird bekanntlich als extrem linksradikal angesehen und darf deswegen aufgrund einer Entscheidung des Bundesministers des Innern das Bundesgebiet nicht betreten. Er tritt für den Sturz der freiheitlichen Demokratie durch Gewaltanwendung ein. Walter Fredericia bezeichnete ihn im Deutschlandfunk als „eine Persönlichkeit, in der der politische Agitator weit stärker ist als der Wissenschaftler“.

Das kommunistische Manifest selbst, welches als Hauptquelle für den Schulunterricht über Marxismus vorgesehen ist, stellt zweifelsohne

ein wichtiges historisches Dokument dar, mehr wohl wegen seiner Folgen als wegen seines Inhalts. Es enthält in gedrängter Kürze die Kernprinzipien der marxistischen Lehre. Mit einigen seiner Thesen, wie z. B. der Mehrwertlehre, ist eine wissenschaftliche Auseinandersetzung durchaus möglich. Andere Teile des kommunistischen Manifests aber müssen aus der Sicht unserer heutigen Verfassungsordnung als klar verfassungsfeindliche Auffassungen bewertet werden. An der entscheidenden Stelle des kommunistischen Manifestes heißt es: „Unterdrückung und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endet oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“ Diese Thesen enthalten eine Aufforderung zur revolutionären, d. h. zur gewaltsamen Umgestaltung der Gesellschaft. Sie widerstreiten den elementaren Grundprinzipien unserer Verfassung.

Wenn in Niedersachsen über Marxismus gelehrt wird, dann wäre es unerlässlich, bei der Behandlung des Stoffes darauf hinzuweisen, daß einige der Marx'schen Thesen in einem klaren Widerspruch zu unserer Verfassung stehen. Dies jedoch geschieht in den Handreichungen des Herrn von Oertzen an keiner Stelle. Vielmehr wird der Marxismus unkritisch aus sich selbst heraus dargestellt, und das Ziel der 11. von den 17 vorgesehenen Klassenstunden lautet bei-

spielsweise: „Notwendigkeit der aktiven Organisation erkennen“. Hierbei handelt es sich um die Stunde, die dem Thema „Klassenkampf“ gewidmet ist. Alles in allem kommt man zu dem Ergebnis, daß die Niedersächsischen Handreichungen zum Thema Marxismus eine versteckte Aufforderung zum Klassenkampf und zum gewaltsamen Umsturz enthalten.

Sehr bezeichnend ist auch das, was in den Handreichungen über Demokratie gesagt wird. Auf Seite 54 heißt es da: „Genau erörtert werden muß ferner der Begriff Diktatur des Proletariats. Der moderne Diktaturbegriff kann als Ausgangspunkt genommen werden. Es muß deutlich werden, daß Marx mit Diktatur die Herrschaft der Mehrheit, also Demokratie meint.“ Hier wird also das Marx'sche Revolutionsverständnis mit Demokratie — und das kann doch nur heißen mit dem Demokratiebegriff unserer Staatsordnung — gleichgesetzt, eine einseitige Verdrehung des Kernprinzips unserer eigenen freiheitlichen Verfassung.

Es ist schlimm, daß an den niedersächsischen Schulen aufgrund ministerieller Erlasse eine systematische Indoktrination mit marxistischen, verfassungsfeindlichen Thesen betrieben wird, aber ebenso schlimm ist es, daß maßgebende Politiker der niedersächsischen SPD diese Tatsache abstreiten und zu diesem Zweck unwahre Behauptungen aufstellen. Dadurch wird der Vorgang zu einem für das ganze Bundesgebiet alarmierenden Skandal.

Referentenvermittlung

Mit dem Ende der Ferienzeit beginnen auch allmählich wieder die Veranstaltungen in den Kirchenkreisen und Gemeinden. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, 53 Bonn, Oberer Lindweg 2, Ruf (0 22 21) 54 43 06 vermittelt bundesweit allen Pfarrern und Gemeindebeauftragten Referenten zu nahezu allen gesellschaftspolitischen Themenkreisen. Wir verbinden allerdings mit diesem Angebot die Bitte, rechtzeitig zu disponieren, da die Terminkalender qualifizierter Referenten oft lange im voraus ausgebucht sind. Informieren Sie bitte von dieser Möglichkeit auch die übrigen Pfarrer Ihres Kirchenkreises.

Gleichzeitig möchten wir darauf aufmerksam machen, daß eine begrenzte Zahl von Freiabonnements der Evangelischen Verantwortung für Pfarrer zur Verfügung steht. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie Ihren Gemeindepfarrer bzw. Amtsbruder hierauf ansprechen könnten. Zur Bestellung bei uns genügt eine Postkarte.

CDU — konservativ oder progressiv?

Backnang: Auf einer gut besuchten Veranstaltung des EAK im Rems-Murr-Kreis versuchte man, zu dem Thema „Konservativ — Progressiv, wo steht die CDU heute?“ notwendige Klärungen zum Standpunkt der Union in der polarisierten gesellschaftspolitischen Diskussion zu finden.

Prof. Dr. Bodo Volkmann, Ordinarius am Mathematischen Institut der Universität Stuttgart, ging in seinen Ausführungen zunächst auf den Wandel der Begriffe Progressiv und Konservativ im Laufe der Geschichte ein. Der Marxismus habe immer von sich behauptet, die progressive Kraft schlechthin zu sein. Aber weder vor noch nach dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx sei die Geschichte tatsächlich nach den dort aufgewiesenen Grundsätzen (Klassenkampf etc.) verlaufen. Wer daran nun selbst heute noch festhalte, sei — so Prof. Volkmann — als der eigentliche Konservative im negativen Sinne anzusehen. Die Begriffe Konservativ und Progressiv seien daher zur Kennzeichnung einer politischen Richtung unbrauchbare Mittel.

Die CDU bemühe sich um ein verantwortliches Handeln. Die Bewahrung des Bewährten und die Offenheit für notwendige Veränderungen gehörten gleichermaßen dazu. Die Union müsse deutlich den Weg der Revolution abweisen, aber ebenso deutlich für Reformen ohne ideologische Scheuklappen eintreten.

Die künftigen Aufgaben lägen für die CDU in einem doppelten Einsatz; im rechten Maße und in den vertretbaren Einzelfällen jeweils sowohl konservativ oder aber auch progressiv im positiven Sinne zu sein. Unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, Winfried Müller aus Waiblingen, und des CDU-Ortsvorsitzenden Dr. Kalb aus Backnang entfaltete sich noch eine lebhaftige Aussprache.

Wolfgang Wagner, der 1. Vorsitzende des EAK Rems-Murr, hatte zu Beginn der Veranstaltung den Arbeitskreis seiner Grundkonzeption nach vorgestellt und dabei betont, daß der EAK sich als kritischer Mahner innerhalb der CDU verstehe.

Dollinger: EKD-Votum zum Antirassismus-Programm hilfreich

Die Kritik verschiedener Persönlichkeiten und Gruppen an dem Ratsbeschluß der EKD, in dem schwere Bedenken gegen eine Verlängerung des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrats in seiner jetzigen Form geäußert worden waren, hat der stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), der Synodale Dr. Werner Dollinger, als unhaltbar bezeichnet. Dollinger wertet das EKD-Votum zum Antirassismus-Programm als eine hilfreiche Erklärung zur Aufhellung komplexer Sachverhalte. Gleichzeitig stellt Dollinger fest, daß vor einer noch stärkeren einseitigen Politisierung des Weltkirchenrates und seiner Aktivitäten dringend gewarnt werden müsse.

Weizsäcker für gemeinsame Kirchentage

Augsburg: Für gemeinsame Kirchentage evangelischer und katholischer Christen in der Bundesrepublik als Fortsetzung des Augsburger Ökumenischen Pfingsttreffens vor drei Jahren hat sich der frühere Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, MdB, in Augsburg ausgesprochen. Bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU

unter dem Thema „Grundwerte und Ziele in der Politik“ erinnerte der CDU-Politiker an die unteilbare Verantwortung der Kirchen bei der Mitgestaltung des öffentlichen Lebens. Weizsäcker plädierte nachdrücklich für eine „wertbezogene Politik, die über die nächsten Wahlkämpfe hinausgeht“. Angesichts einer „Volkswirtschaft unterwegs zum Nullwachstum“ unterstrich er die Bedeutung einer qualifizierten Sozialpolitik, die Minderheiten wie alte Menschen, Kinder, Behinderte oder Gastarbeiter nicht aus der Gesellschaft „hinausdividiert“.

EAK-Hannover nimmt Wichernstift In Schutz

Hannover: Ein „merkwürdiges Verständnis einer pluralistischen Gesellschaft“ hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU Hannover dem SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Thölcke (Delmenhorst) vorgeworfen. Anlaß für diese Kritik ist eine „kleine Anfrage“ des Abgeordneten, der von der niedersächsischen Landesregierung wissen will, ob sie dafür sorgen werde, „daß die Freiheit der Lehre im Rahmen des Grundgesetzes auch an nicht-staatlichen Schulen gewährleistet wird und daß ein gegenseitiges Überwachen von Lehrkräften unterbleibt“. Nach Angaben Thölckes war im evangelisch-lutherischen Wichernstift in Delmenhorst ein Dozent des heilpädagogischen Seminars, das mit einer staatlichen Prüfung abschließt, vom Vorstand zu seiner politischen Einstellung befragt worden, unter anderem auch danach, ob er bereit sei, den Vorstand zu unterrichten, wenn er unter den Lehrkräften Abweichungen von der sozialpädagogischen Konzeption des Wichernstifts feststelle.

Hierzu bemerkt der Evangelische Arbeitskreis der CDU Hannover: Zum besseren Verständnis müsse man wissen, daß „in den Alten- und Jugendheimen bzw. den Aus-

Träger in partnerschaftlicher Zusammenarbeit, wobei der Begriff „Freier Träger“ anstelle des Begriffs „Vereinigungen“ ins Gesetz aufgenommen werden müßte (eine ausführliche Erklärung beider Gesprächspartner zu diesem Problemkreis kann bei der Redaktion der Evangelischen Verantwortung angefordert werden).

bildungsstätten des Ev. Wichernstifts in Delmenhorst eine Rote Zelle des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands agiert“. Vor diesem Hintergrund, der dem Abgeordneten Thölcke „zweifelsohne bekannt“ gewesen sei, frage man sich, ob der Abgeordnete nicht einen geeigneteren Anlaß zu seiner Anfrage finden konnte als das Vorgehen einer evangelischen Einrichtung, die sich bemühe, sich gegen „links- und rechtsradikale Aktivitäten im eigenen Hause abzugrenzen“.

Das Wirken gesellschaftlicher Gruppen würde nach Ansicht des Evangelischen Arbeitskreises der CDU untergraben und letztlich unmöglich gemacht, hätten diese nicht die Möglichkeit, Mitarbeiter für ihre Einrichtungen auszuwählen, die bestimmte ethisch-weltanschauliche Prinzipien und eine bestimmte fachliche Konzeption zu vertreten bereit sind.

Begegnung mit Evangelischer Jugendkammer

Düsseldorf: Der jugendpolitische Ausschuß der Evangelischen Jugendkammern Rheinland und Westfalen sowie der Evangelische Arbeitskreis der Jungen Union des Rheinlandes setzten ihre bereits bestehenden Kontakte fort und berieten in einer gemeinsamen Sitzung den von der Bundesregierung vorgelegten Referentenentwurf zur Novellierung des Jugendhilferechts. Dabei wurde die Schaffung eines neuen Jugendhilferechts als notwendig begrüßt. Man war sich jedoch einig darin, daß noch eine Reihe von Mängeln der Korrektur bedürfen. Die Gesprächspartner stimmten überein, daß die Gleichwertigkeit der Träger der Jugendhilfe eindeutig abgesichert werden muß. Neben die öffentlichen Träger treten die freien

Aus dem Unionsbereich nahmen neben dem EAK-JU-Vorsitzenden Harald Kloetsch u. a. Klaus Evertz, MdL, Paul Albert Engstfeld, Jürgen Rosorius, Joachim Erwin, Hermann Bergmann (Velbert), Dr. Peter Egen sowie die CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des EAK der CDU in Rheinland-Pfalz, Waltrud Will-Feld, an dem Gespräch teil. Landesrat Sauerbier wirkte als Sachverständiger bei der in guter Atmosphäre stattfindenden Begegnung mit, die von Landesjugendpfarrer Eltzner aus Westfalen und Harald Kloetsch geleitet wurde.

Prof. Hahn: Gewaltakte verurteilen

Auf die besondere Verantwortung, die dem Weltkirchenrat für die Länder der Dritten Welt aufgegeben ist, hat der stellvertretende Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der baden-württembergische Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn hingewiesen.

In der Verlautbarung heißt es weiter, daß politisch engagierte Christen hierzulande mit besonderer Aufmerksamkeit die Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates in Berlin verfolgten und von dieser Sitzung erwarteten, daß die Frage nach der Überwindung des Rassismus zwar radikal gestellt werden müsse, wobei allerdings die Forderung der Toleranz an alle Betroffenen, gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Religion vorrangig zu richten sei. Des weiteren müsse der Einsatz von Gewaltmitteln zur Lösung politischer Probleme angesichts der Zunahme von Gewaltakten eindeutig verurteilt werden. Hahn sieht in einem eventuellen einseitigen Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates ohne Klärung der Gewaltfrage eine Gefahr für die ökumenische Einheit.

Buch- besprechung

Predigten in den Kirchen der DDR. Herausgegeben von Günter Jacob, Evang. Verlag Herbert Reich, Hamburg 1973, 110 S., 12 DM.

Konkret — Verbindlich — Notizen aus der DDR.

Herausgegeben von Bruno Schottstädt, Evang. Verlag Herbert Reich, Hamburg 1971, 130 S., 12 DM.

In diesen Tagen und Monaten erleben wir in Kreisen der EKD und der interessierten Öffentlichkeit eine — wie uns scheint — sehr geruhsame und selbstgenügsame Diskussion der auf der EKD-Synode im Januar in Kassel vorgelegten empirischen Untersuchung „Wie stabil ist die Kirche?“ (Die Evangelische Verantwortung informierte in Heft 1/1974 über Entstehung und Ergebnisse dieser Umfrage). Intendiert der Titel eher Selbstkritik und Überprüfung eingefahrener Positionen und Verhaltensweisen, so waren in der Realität die Ergebnisse vielfach ein willkommener Anlaß, beruhigt und zufrieden fortzufahren. Dem Evangelischen Verlag Herbert Reich in Hamburg ist zu danken für die Vorlage der zwei hier besprochenen Bücher, weil sie mit ihren Informationen zur Situation der Kirche in der DDR jedem Leser Anlaß sein werden, nicht nur sein — aufgrund fehlender oder bruchstückhafter Informationen — oft unvollständiges Bild vom Leben der Protestanten drüben, sondern auch sein eigenes Handeln als Christ erneut zu überdenken.

Da sind zunächst die Predigten — gehalten vor Kerngemeinden, vor Pfarrkonventen, Predigerseminaren, Studentengemeinden und Oberschülern in der DDR. In den „Konkret — Verbindlich“ ausgesagten und mitgeteilten „Notizen aus der DDR“ wird die „Predigt als

Einweisung in das Engagement“ (S. 29 ff.) verstanden. Es liegt nahe, sofort an die Engführungen zu denken, die heute besonders in der Polarisierung um die Aktivitäten des Ökumenischen Rates der Kirchen Anlaß zur Kritik sind. Doch sind die hier vorgelegten Predigten von einer klaren und unzweideutigen Verkündigung des einen Evangeliums geprägt. Aber im Gegensatz zu manchen evangelikalen Gruppen findet hier in der Auseinandersetzung mit einer sozialistischen Umwelt kein Rückzug auf eine weltlose Innerlichkeit statt. Im Hören auf das Wort Gottes wird das Wort an und für die Welt gehört. Die Frage: Was wird aus mir? wird umgekehrt zu der Frage: Was wird aus dem anderen, aus der Gemeinschaft der Menschen, aus dieser Erde? Und die Notwendigkeit dieser Umkehr erklärt Bischof Schönherr in seiner Predigt so: „Wir stellen diese Frage nicht aus sozialer Gesinnung, sondern weil Gott selbst in Jesus Christus so gefragt hat“ (S. 58). Es ist erfrischend, wie die Konsequenzen für die „Kinder des Lichts“ sehr praktisch und sehr aktuell auf den Alltag dieser Welt bezogen werden. Und die sozialistische Gesellschaft wird dabei keineswegs geschont. Da fragt der Prediger unerschrocken, was „für die bekümmerte Mutter des wegen eines Republikfluchtversuches inhaftierten Kommilitonen, für den Bausoldaten, der nicht studieren darf, für den zwischen den verschiedenen Ansprüchen zerrieben zu werden drohenden Professor“ (S. 89) getan wurde. Diese Schlaglichter mögen genügen. Sie machen deutlich, wie eindeutig und unmißverständlich engagiert, wie lebensnah und schriftgemäß zugleich das Zeugnis von der versöhnenden Tat Gottes in den Kirchen der DDR gepredigt wird.

In den „Notizen aus der DDR – Konkret-Verbindlich“ begegnen bedenkliche Einlassungen christlicher Existenz. Zwar treten hier wie in der Predigtsammlung zum Teil die gleichen Autoren auf, um so erstaunter bemerkt der Leser eine nicht zu übersehende Diskrepanz zwischen den Predigten und den hier zusammengestellten theoretischen Abhandlungen zu Fragen des kirchlichen und christlichen Handelns im Kontext einer sozialistischen Gesellschaft. Den Autoren geht es in ihren Beiträgen, die

vom Leiter der Gossner-Mission in der DDR zusammengestellt und herausgegeben wurden; um „den schmalen Weg zwischen Antikommunismus und Opportunismus“ (S. 20). Ganz augenscheinlich ist dieser Balanceakt nicht sonderlich gelungen. Allzu oft trübt die Sympathie mit dem sozialistischen System den theologischen Blick. Sicher – ein solches Urteil fällt leicht aus der Distanz, aber auch eine wohlwollende Lektüre des Buches vermag die Einseitigkeiten in der gesellschaftlichen Analyse und bei der Benennung der Konsequenzen christlicher Existenz nicht zu übersehen. Zu kritiklos und zu distanzlos stimmt die Gossner-Mission in den Chor der sozialistisch-humanistischen Friedensdeklamationen ein. Gleichwohl kann man die sorgfältige Kenntnisnahme und abgewogene Auseinandersetzung, die etwas anderes ist als vorschnelle Verdächtigung und Anfeindung, nur empfehlen. Es wird – wie bereits erwähnt – nicht nur für unsere Sicht der Kirchen in der DDR, sondern auch für unseren eigenen, selbst zu verantwortenden Versuch von Kirche von großen Nutzen sein. R. Junghans

Parlamentspraxis in der Weimarer Republik. Die Tagungsberichte der Vereinigung der deutschen Parlamentsdirektoren 1925 bis 1933. Bearbeitet von Martin Schumacher. XI, 272 S., Leinen, 72 DM. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe: Die Weimarer Republik. Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias und Rudolf Morsey. Band 2).

Die Edition enthält fünf Berichte über die Tagungen der Vereinigung der deutschen Parlamentsdirektoren 1925 bis 1929 und eine Niederschrift über die Besprechung der Parlamentsdirektoren der süddeutschen Länder im November 1933. Die leitenden Verwaltungsbeamten des Reichstags, der Länderparlamente, der Bürgerschaften der Hansestädte, des Volkstags Danzig, des Österreichischen Nationalrats und des Landtags von Niederösterreich beteiligten sich an den Debatten der Vereinigung.

Die Rechtsstellung der Abgeordneten, Befugnisse und Aufgaben des Parlamentspräsidenten, die Organisation der Ausschubarbeit, Fragen des Petitions- und Immuni-

tätsrechts, Modalitäten der Abstimmung, die Zusammenarbeit von Regierung und Parlament, die Zulässigkeit eines Mißtrauensantrags gegen den Parlamentspräsidenten, alle diese Fragen und eine Vielzahl vordergründig rein technischer Probleme stehen im Mittelpunkt der Diskussion. Für das Verhältnis von Parlamentsnorm und Parlamentsbrauch bieten diese erstmalig veröffentlichten Berichte eine wichtige neue Quelle, zumal die Bestände der Parlamentsarchive starke Verluste erlitten und die einzelnen Geschäftsordnungen nur schwer greifbar sind. Ein „Schriftenverzeichnis zur Entwicklung der Verfassung und Geschäftsordnung 1918–1933 dokumentiert für Reich und Länder sowie für den Österreichischen Nationalrat, den Landtag von Niederösterreich und den Volkstag Danzig die Veränderungen des kodifizierten Parlamentsrechts.

Schumacher hat es verstanden, die auf den ersten Blick nur für einen begrenzten Leserkreis in Frage kommende Sachproblematik so aufzuarbeiten, daß die Lektüre des Buches für jeden, der mit Interesse die Dinge hinter den Kulissen des Parlaments verfolgt, ein echter Gewinn ist.

„Die Sonntagepistel plattdeutsch“. Herausgegeben von Heinrich Kröger und Rudolf Gensch, im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft plattdeutscher Pastoren in Niedersachsen. Soltau 1973. Kartoniert. 64 Seiten. Preis 3,— DM.

„Plattdüütsch Kark“ war vor kurzer Zeit manchem problematisch. Es gab auch solche, die es als Sensation empfanden. Von beidem kann nicht mehr die Rede sein. Die Arbeitsgemeinschaft plattdeutscher Pastoren in Niedersachsen, wie auch z. B. die Schleswig-Holsteiner, haben eine gute Praxis durchgeführt mit Gottesdiensten in plattdeutscher Sprache usw. Der schleswig-holsteinische Pastor Johannes Jessen hat das Neue Testament schon längst in plattdeutsch übertragen und aus dem Alten Testament „Vun dat Beste en goot Deel“.

Die einzelnen Beiträge vermitteln einen guten Eindruck von der Mannigfaltigkeit der niederdeutschen Sprache. Luthers Freund, der Pommer Bugenhagen, hat zur Reformationszeit die ganze Bibel in

Plattdeutsch herausgegeben. Und wir wissen ja, daß das Neue Testament nicht im klassischem Griechisch, sondern in der „Koine“, der Umgangssprache der Fischer und Seeleute, geschrieben ist. So ist dieses Buch ein lebendiger Beitrag zur Vertiefung der Gottesdienste und zu Theorie und Praxis der niederdeutschen Sprache. Das Buch kann direkt bei Pastor Kröger, 304 Soltau, Birkenstraße 3, bestellt werden.

**Aufstand der Bürger
Revolution 1849 im westdeutschen
Industriezentrum. Herausgegeben
von Klaus Goebel und Manfred
Wichelhaus. Mit einem Vorwort von
Gustav Walter Heinemann. 320 Sei-
ten und 16 Fotos; Peter Hammer
Verlag, Wuppertal 1974**

Dieses Buch wendet sich nicht an Lokalpatrioten – es richtet sich an einen weit größeren Leserkreis und spricht insbesondere alle jene

an, die nach dem geistigen Fundament der Revolution von 1849 in einem westdeutschen Industriezentrum fragen. Daß ein Wuppertaler Historiker – Dr. Klaus Goebel, der zudem führend in der CDU tätig ist – mit dem Schwiegersohn Gustav Heinemanns, Pfarrer Manfred Wichelhaus, zusammen dieses Buch herausgab, zeigt nicht zuletzt die Spannweite, in der sachliches Engagement möglich ist. Gustav Heinemann, der das Vorwort zu diesem Buch schrieb und dessen Vorfahren genauso aus dem Tal der Wupper kamen wie auch Friedrich Engels oder wie der dort viele Jahre lebende Pfarrer Friedrich Wilhelm Krummacher, der 1847 Hofprediger in Berlin wurde – sie alle prägten deutsche Geschichte. Wer die Namen und Gestalten des Buches in Beziehung zu ihrer Zeit setzt, erlebt in eindrucksvoller Weise lebendige Vergangenheit. Die Dokumente, die der vorliegende Band in reichlicher

Zahl enthält, analysieren einen wichtigen Teil zunehmender Mündigkeit westdeutscher Bürger in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Und wer dieses Buch genau liest, ist eigentlich nicht mehr verwundert darüber, daß in dieser Stadt auch die Wiege des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU stand. Wenn diese Marginalien auch nicht mehr zum „Aufstand der Bürger“ gehören, so bleibt trotzdem festzuhalten, daß auf Initiative des späteren CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Otto Schmidt bereits am 17. August 1945 in Wuppertal Vorgespräche für eine Sammlung von Protestanten in der späteren CDU stattfanden. Und der Nachfolger von Hermann Ehlers als Vorsitzender des EAK, Dr. Robert Tillmanns, entstammte ebenfalls einer angesehenen Barmer Familie. Diese hier aufgezeigten Bezugspunkte lassen die Lektüre des Buches zu einem Gewinn werden, der weit über das Historische hinausführt.

Das „C“ muß Quelle der Grundsatzdiskussion sein

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, hat sich für eine Fortführung der Grundsatzdiskussion in der Union mit dem Ziel eines gemeinsamen Grundsatzprogrammes von CDU und CSU ausgesprochen. Die Bemühungen der CDU um eine klare programmatische Alternative dürften nicht auf die Arbeit der Grundsatzkommission unter Richard von Weizsäcker beschränkt bleiben. Alle Teile und Verbände der CDU/CSU müßten sich an dieser Arbeit beteiligen, wenn die Union zu einer grundsatzorientierten Partei werden wolle, die vom Bewußtsein der Mitglieder getragen werde.

Nach Ansicht von Matthias Wissmann könnte das „C“ im Parteinamen eine wichtige Quelle der Grundsatzbesinnung in der Union werden. Das „C“ postuliere „die Pflicht zu wertorientierten Entscheidungen und mehr sozialer Verantwortung in der Politik“. Bei einer Aktualisierung des „C“ sieht Wissmann unmittelbare Auswirkungen für folgende Bereiche:

1. Das Menschenbild der Union muß davon ausgehen, daß es einen vollkommenen Menschen ebenso wenig wie eine vollkommene Gesellschaft jemals geben wird. Die Einsicht in die Unvollkommenheit entbindet aber nicht von der Notwendigkeit des ständigen Strebens nach Vervollkommung. Sie führt nur zum Verzicht auf den Anspruch, die Vollkommenheit des Menschen friedlich oder mit Gewalt zu erreichen. Für die Politik bedeutet dies konkret: Jede gesellschaftliche Struktur und staatliche Organisationsform muß immer wieder in Frage gestellt werden.

Nichts wird als endgültig und abgeschlossen angesehen. Es muß an der ständigen Weiterentwicklung – im Sinne von Verbesserung – der Gesellschaft gearbeitet werden. Aber es verbieten sich auch – und dies ist ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu den Marxisten – Ansprüche auf Absolutheit und Alleinbesitz der Wahrheit mit all ihren oft fürchterlichen Konsequenzen bis hin zur Bereitschaft, den Menschen zu seinem Glück zwingen zu wollen.

2. Weil der Mensch sich nicht aus sich selbst heraus verwirklicht, sondern – wie Richard von Weizsäcker sagt – erst „in der Hinwendung zum Nächsten und in

der Erkenntnis, daß ihrer beider Identität sich in einem Höheren erfüllt“, Verwirklichung findet, ist das „C“ für die Politik ständige Provokation zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Angesichts der schreienden Ungerechtigkeiten und der Armut in der Dritten Welt, aber auch vor dem Hintergrund vieler sozialer Mißstände in unserem eigenen Land sind Solidarität und Brüderlichkeit wichtiger als jemals zuvor. Sie sind es erst, die Freiheit und Gleichheit miteinander möglich machen.

In einem Zeitalter und in einem Gesellschaftssystem, in dem in erster Linie die Gruppen Berücksichtigung finden, welche am besten organisiert sind oder das Geschäft des Lobbyismus am besten verstehen, sollte gerade die Union, getragen vom Anspruch des „C“, ihre Macht verstärkt darauf richten, den Rechtlosen, den Randgruppen, den Schwächeren und den Minderheiten zum Recht zu verhelfen. Wenn es etwa um Strafgefangene, Gastarbeiter, Alte oder Kranke geht, kann die Union beweisen, daß sie nicht zuerst nach den Stimmen schießt, die politische Entscheidungen einbringen können, sondern daß im Mittelpunkt ihrer Bemühungen der Mensch steht.“

Die Weltevangelisation braucht Multiplikatoren

Wilhelm Hahn

Vom 16. bis 25. Juli 1974 fand in Lausanne (Schweiz) der „Internationale Weltkongreß für Evangelisation“ statt. Er war in seiner Art eine der größten Zusammenkünfte von Christen in der bisherigen Kirchengeschichte. Die Evangelische Verantwortung gibt im folgenden den Bericht eines Teilnehmers an diesem wichtigen Treffen evangelikaler Christen aus aller Welt wieder. Unser Autor ist Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche in Württemberg und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Württemberg.

Vor vier Jahren konstituierte sich ein Einberufungsausschuß von 165 führenden Christen aus aller Welt, darunter Kirchenführer, Laien und Theologen. Aus diesem Gremium wurde ein Planungskomitee von 30 Mitgliedern gewählt, die zugleich alle 6 Kontinente repräsentierten. Einberufungsausschuß und Planungskomitee zeichneten verantwortlich für diesen Kongreß und luden 2700 Teilnehmer aus 150 Ländern ein. Darunter waren die Asiaten mit 800 Teilnehmern die größte Gruppe. Aus der BRD waren von der Evang. Kirche, den Freikirchen und den Gemeinschaften insgesamt 180 Vertreter anwesend; darunter der Ratsvorsitzende der EKD Landesbischof D. Helmut Class, Stuttgart, und sein Amtsvorgänger, Landesbischof D. Hermann Dietzfelbinger, München. Als Gäste nahmen Katholiken, die ein besonderes Interesse an der Evangelisation bekundeten, sowie fünf Vertreter des Weltrates der Kirchen in Genf teil. Dazu kamen mehr als 200 Journalisten der säkularen und religiösen Presse, sowie Rundfunk und Fernsehen aus aller Welt. Außerdem benötigte man noch einen Nachrichtenstab von 50 weiteren erfahrenen Presseleuten, die Hintergrundmaterial für Berichterstatter erstellten, Interviews organisierten und den Medien in Lausanne behilflich waren. Insgesamt besuchten durchschnittlich täglich 3500 Menschen den Weltkongreß für Evangelisation in Lausanne.

Da es sich um einen Kongreß für „Evangelikale“ handelte, muß diese neue Bezeichnung kurz erläutert werden. „Evangelikal“ kommt

aus der Begegnung mit englischen und amerikanischen Christen, die sich so nennen, weil sie die ganze Bibel als Gottes inspiriertes Wort annehmen und sich im Glauben und Leben an ihr orientieren. Evangelikale gibt es in allen Kirchen, Konfessionen, Freikirchen, Gemeinschaften und Gruppierungen.

Der Kongreß hatte folgende Ziele:

- die biblische Botschaft des Evangeliums in dieser Zeit der theologischen Verwirrung klar zu verkündigen;
- in den entscheidenden Fragen, Nöten und Problemen, mit denen Christen überall in der Welt konfrontiert werden, biblische Wahrheiten darzulegen und Lösungsmöglichkeiten anzubieten bzw. Erfahrungen austauschen.
- weltweite Zusammenarbeit und die Entwicklung von Plänen voranzutreiben, um allen Menschen unseres Jahrhunderts (2 Milliarden haben von Jesus noch nie etwas gehört!) die frohe Botschaft von Jesus Christus in Wort und Tat weiterzusagen.

Die Kongreßsprachen waren: Englisch, Französisch, Deutsch, Spanisch, Japanisch, Indonesisch, Chinesisch. Durch einen Kopfhörer konnte jeder Teilnehmer eine der sechs Sprachen, die simultan übersetzt wurden, wählen.

Der Tagesablauf erfolgte auf drei Ebenen. Zum ersten sind die Plenarsitzungen mit Bibelarbeiten und Hauptreferaten zu erwähnen. Die Referate wurden bereits einige Monate im voraus gedruckt und allen Teilnehmern zur Stellungnahme zugeleitet. Sodann beschränkten sich die Referenten beim Kongreß im wesentlichen darauf, auf die wichtigsten schriftlich formulierten Fragen der Teilnehmer einzugehen. Die einzelnen Referenten bekamen bis zu 2000 Antworten in Form kritischer Fragen und Ergänzungen. In diesen Referaten wurden grundsätzliche missionstheologische und missionsstrategische Probleme behandelt.

Vertieft wurden diese Plenarsitzungen auf der zweiten Ebene durch 32 verschiedene Arbeitsgruppen für Spezialthemen der Evangelisation. Sie wurden von den Teilnehmern aus den 150 Nationen nach deren Interessenschwerpunkt besucht. Diese Gruppen boten neben den Sachinformationen die beste Gelegenheit – außer den Mahlzeiten – zum gegenseitigen Kennenlernen und intensiven Erfahrungsaustausch über die konfessionellen und nationalen Grenzen hinweg. Hier artikulierten und profilierten sich besonders die vielen jungen Teilnehmer aus der III. Welt. Die Impulse, die gerade sie uns in den traditionell christlichen Ländern gaben, erwiesen sich je länger je mehr als äußerst fruchtbar und notwendig.

Auf der dritten Ebene gab es Arbeitsgruppen für nationale Strategie, die jeweils von den Kongreßteilnehmern aus den verschiedenen Staaten besucht wurden.

Die deutsche „Strategiegruppe“ erörterte in mehreren lebhaften Aussprachen die Möglichkeit einer Kooperation der Evangelikalen aus Landeskirchen, Freikirchen und Gemeinschaften bei zukünftigen evangelistischen bundesweiten Einsätzen. Die Gründung einer Aktionsgemeinschaft wurde vorerst zurückgestellt, weil man sich auf der Grundlage der Evangelischen Allianz, zusammen mit der „Frankfurter Erklärung“ nicht einigen konnte. Als gemeinsame Basis konnte dann aber doch noch die „Lausanner Verpflichtung“ verabschiedet werden, auf deren Grundlage man nun bei besonderen Einsätzen evangelistischer Art, der Schulung von Mitarbeitern sowie der gegenseitigen Information zusammenarbeiten will.

Die Lausanner Verpflichtung

Die deutsche Strategiegruppe hat in Zusammenarbeit mit der schweizerischen und österreichischen Gruppe Verbesserungsvorschläge in den Formulierungen eingereicht,

die alle berücksichtigt wurden. In 14 Punkten wird in der „Lausanner Verpflichtung“ unter anderem der Glaube an die Autorität der Heiligen Schrift und an die Heilstaten, die in ihr bezeugt sind, sowie Aussagen zum Wesen heutiger Evangelisation, einschließlich eines Bekenntnisses zur Notwendigkeit evangelikaler Zusammenarbeit und die soziale Verantwortung des Christen bekräftigt.

Am Sonntag, den 21. Juli 1974, fand im Lausanner Stadion die einzige öffentliche Veranstaltung des „Internationalen Kongresses für Evangelisation“ statt. Billy Graham, Ehrenvorsitzender des Kongresses, sprach vor 46 000 Menschen, wobei

etwa 500 bis 600 seiner Aufforderung nachkamen und auf die Aschenbahn vortraten, um zu dokumentieren, daß sie in Zukunft bewußt als Christen leben wollen.

Jeden Tag erschien eine Kongreßzeitung in vier Sprachen zur täglichen Information, die in der eigens dafür eingerichteten Druckerei hergestellt wurde.

Bevor der Weltkongreß zu Ende ging, schlugen die einzelnen Kontinente eine mehrfache Anzahl von Kandidaten vor, aus der nachher vom Komitee des Weltkongresses 30 Teilnehmer ausgewählt werden und die dann die Nachfolgeorganisation bilden. Dieses internationale Gremium sorgt dafür, daß

der Kongreß für Welt-evangelisation kein isoliertes Ereignis bleibt, sondern als weiterführender Prozeß in aller Welt mit entsprechender Nacharbeit (Studienhefte, Kassettenaufnahmen, Kongreßsammelband, Informationsnetz) zu verstehen ist.

Zum Schluß machte Billy Graham allen Teilnehmern klar, daß das Konferenzthema „Alle Welt soll sein Wort hören“ nur dann weltweit zur Realität wird, wenn genügend Einzelpersonen als Multiplikatoren bereit sind, die biblische Wahrheit, daß Jesus Christus die einzige und letzte Hoffnung ist, mit Überzeugung und Liebe weiterzugeben.

Erfreuliches Ergebnis

Mehr evangelische Mitglieder in der CDU

Der Anteil der evangelischen Mitglieder in der CDU steigt nach Angaben der Partei stetig an. Wie der CDU-Bundesgeschäftsführer Diplom-Volkswirt Karl Heinz Bilke am Donnerstag, 1. August, in Bonn mitteilte, beträgt der evangelische Anteil der Neumitglieder 40 Prozent. In der Gesamtpartei waren bisher 30 Prozent Mitglieder evangelisch. Diese Zuwachsrate ist vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) begrüßt worden. Die Bundesgeschäftsstelle des EAK erklärte, daß sich in der Zunahme des evangelischen Anteils nicht zuletzt das Ergebnis der Arbeit des EAK auf Bundes- und Landesebene niederschlägt. Gerade in den letzten Monaten hätten die Veranstaltungen des EAK einen besonders starken Zulauf gehabt. Insbesondere habe es sich dabei um viele enttäuschte ehemalige SPD-Wähler gehandelt, die nicht nur Pragmatismus wünschten, sondern auch nach den geistigen Grundlagen der Politik und nach den Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft fragten.

wird sich der Beauftragte der Evangelischen Kirchen beim Landtag und bei der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, Generaldekan a. D. Albrecht v. Mutius, mit der Frage „Gibt es eine christliche Wirtschaftsethik? – Motive wirtschaftlichen Handelns in der Verantwortung für den Nächsten“ auseinandersetzen. Die Aussprache über beide Referate steht unter der Leitung von Dr. Schwarz. Nach einer Mittagspause soll sich eine Forumdiskussion unter dem Motto „Die Teilnehmer fragen CDU-Politiker“ anschließen. Dabei besteht die Gelegenheit, sowohl das Tagungsthema wie auch aktuelle bundes- und landespolitische Fragen mit bekannten CDU- und EAK-Politikern zu besprechen (Ende spätestens 16.30 Uhr).

Sollten Sie sich nicht mehr rechtzeitig beim CDU-Landesverband, 23 Kiel 1, Kastanienstraße 27, anmelden können, so ist eine Teilnahme auch ohne förmliche Anmeldung möglich.

Terminhinweis: EAK Schleswig-Holstein

EAK – Begegnungsveranstaltung in Lübeck

Zu einer Begegnung mit allen, die in der Evangelischen Kirche ehren- und hauptamtlich Verantwortung tragen, lädt der Evangelische Arbeitskreis der CDU Schleswig-Holstein für den 13. September 1974 nach Lübeck (Hotel Lysia, Beim Holstentor) ein. Das Treffen steht unter dem Thema „Wirtschaft zwischen Realität und Ideologie“.

Das Programm sieht für den Vormittag (Beginn 10.00 Uhr) nach einem geistlichen Wort von Pastor Ulrich Böhme, Lübeck, und der Begrüßung durch den Vorsitzenden des EAK, Justizminister Dr. Henning Schwarz, zunächst ein Referat von Minister Dr. Jürgen Westphal zum Thema „Freiheit und Grenzen der Sozialen Marktwirtschaft – Gerechte Güterverteilung zwischen Egoismus und ideologischem Vorurteil“ vor. Daran anschließend

Unsere Autoren

Kai-Uwe von Hassel, MdB
53 Bonn
Bundeshaus

Dr. Hermann Boventer
Akademiedirektor
506 Bensberg
Thomas-Morus-Akademie

Prof. Dr. Karl Carstens, MdB
53 Bonn
Bundeshaus

Wilhelm Hahn
7031 Nufringen (Wttbg.)
Hauptstraße 63